

Bürgerinitiativen fordern vor dem Landtag Stopp von Kalihaldenabdeckungen

Am 26. Februar hat ein Bündnis von Bürgerinitiativen aus Giesen, Ronnenberg, Uetze und Wathlingen vor dem Niedersächsischen Landtag **gegen** Kalihaldenabdeckungen und **für** die Beseitigung der Halden demonstriert. An diesem Tag stand im Landtag der - von der FDP unterstützte - Antrag von Bündnis 90/Die Grünen auf der Tagesordnung, den niedersächsischen Abfallwirtschaftsplan zu überarbeiten. Ziel dieses Antrages war, Kalihalden nicht mehr als Deponieraum einzuplanen und (wie in Wathlingen und Ronnenberg geplant) mit mineralischen Abfällen abzudecken.

Eine Anhörung von kritischen Experten und Initiativen im Fachausschuss zu diesem Thema hatten die Fraktionen von SPD und CDU im Vorfeld abgelehnt.

Über 50 Teilnehmer der Kundgebung ließen sich von dem ungemütlichem Wetter nicht abhalten und haben ein **starkes Signal des Protestes** an die Landesregierung gesendet. Es darf nicht zugelassen werden, dass Firmen, wie K+S mit der Abfallentsorgung Gewinne auf Kosten von Anwohnern und Umwelt machen - die haben unter jahrzehntelangem Lkw Verkehr, Lärm und Staub zu leiden. Die Kalihalden in Niedersachsen gefährden Grundwasser und Oberflächengewässer. Salze und Schadstoffe werden durch Niederschläge nach und nach ausgewaschen und in die Umwelt getragen.

Der niedersächsische Abfallwirtschaftsplan in seiner aktuellen Fassung favorisiert als **-scheinbare** - Abhilfe die Abdeckung der im

Land verteilten Kali- oder besser Salzhalden mit belastetem Bauschutt und Boden sowie unter anderem Schlacken aus Kohlekraftwerken und der Industrie.

Die Landesregierung hält unverständlicherweise an den Halden-Abdeckungen fest, obwohl auch diese die Bildung und den Abfluss von salzigen Wässern nur verzögern, aber nicht unterbinden können. Es gibt keine positiven Langzeiterfahrungen mit solchen Abdeckungen, wie der in Sehnde bereits errichteten. Da keine wirksamen Basisabdichtungen unter den Halden vorhanden sind, gehen selbst die Betreiber davon aus, dass es auch weiterhin zu Versickerungen aus den porösen Halden ins Grundwasser kommt.

Die Abdeckungen mit riesigen Mengen mineralischer Abfälle bedeuten einen enormen zusätzlichen Flächenverbrauch und **zusätzliche** Schadstoffe.

Durch ihr Gewicht können sie die Halden noch weiter ins Grundwasser drücken, so dass diese auch an der Basis aufgelöst werden.

Aus Sicht der Bürgerinitiativen handelt es sich dabei um **klassische Deponien**, die den Betreibern hohe Gewinne versprechen. Eine Lösung dieses Problems kann nur in der Beseitigung der Halden liegen - u.a. durch Rückversatz in noch offene Bergwerke.

Erschreckend in der Diskussion mit dem Umweltminister vor dem Landtag und in den Redebeiträgen von SPD und CDU war die offensichtliche Unkenntnis bis hin zu schlichter Ignoranz der Fakten.

Da behauptet der Redner der CDU **fälschlicherweise**, es sei in den Bergwerken kein Hohlraum mehr vorhanden. Da behauptet der Umweltminister Lies, es handle sich bei den Abdeckungen gar nicht um Deponien. Warum? Weil die Abfälle nicht deponiert, sondern verwertet, ja sogar "recycelt" würden. Die Schadstoffe in den Abfällen bleiben bei diesem rein formalen Vorgang allerdings - **Schadstoffe!** Wie hat die Abgeordnete Byl aus der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen das so treffend genannt: **"Greenwashing"**, also etwas Umweltschädliches grün aussehen lassen.

Die im niedersächsischen Aktionskreis Kali und Salz zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen kritisieren insbesondere, dass keine gründlichen Untersuchungen der jeweiligen Umweltsituation an den Halden durchgeführt werden, obwohl Fachbehörden anderer Bundesländer diese als Standard ansehen. Zudem werden Informationen, die seitens des Landesbergamtes in Erörterungsterminen bereits zugesagt worden sind, nicht geliefert.

Obwohl also noch viele Fragen offen sind, obwohl Alternativen zu den Abdeckungen



Bürgerinitiativen und die Landtagsabgeordneten Imke Byl (Bündnis 90/Die Grünen) und Jörg Bode (FDP) im Streitgespräch mit Umweltminister Lies (SPD) bei der Demonstration gegen Kalihaldenabdeckungen vor dem Landtag in Hannover

nicht geprüft worden sind und obwohl sich das Landesbergamt bezüglich der Zustände an den Halden laufend widerspricht, sollen mit den Haldenabdeckungen Fakten geschaffen werden.

Das von der Landesregierung letztlich beschlossene(Noch-)Festhalten an den geplanten Haldenabdeckungen ist Menschen und Umwelt gegenüber unverantwortlich.

Ein großer Erfolg der Arbeit der Bürgerinitiativen ist die in der Landtagssitzung ganz deutlich gewordene Ablehnung von Haldenabdeckungen über Parteigrenzen hinweg!

Natur statt Deponie!

Holger Müller